

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Erste Bürgermeister begrüßt die Mitglieder des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner sämtliche Zuhörer zur öffentlichen Sitzung und eröffnet diese.

335 7 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst

Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzungen

336 7 Beschluss: 7:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung am 14.12.2010 wurde den Bauausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung übermittelt. Einwendungen wurden nicht erhoben. Damit gilt die Niederschrift vom Bauausschuss gemäß Art. 54 Abs. 2 GO i. V. mit § 23 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat für die Amtszeit von 2008 bis 2014 als genehmigt.

Bebauungsplanentwurf Nr. 80/10, Kinder- und Jugendfarm nördlich der Jahnstraße, östlich des Tunnelwegs;
Abwägung der Anregungen im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Satzungsbeschluss
(Empfehlungsbeschluss für den Gemeinderat)

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes nach § 12 und § 30 BauGB, Nr. 80/10, Kinder- und Jugendfarm nördlich der Jahnstraße, östlich des Tunnelwegs, lag in der Zeit vom 20.10.2010 bis einschließlich 22.11.2010 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten von 20.10.2010 bis 22.11.2010 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Im Rahmen der Beteiligung von Bürgern wurden keine Hinweise bzw. Anregung vorgebracht.

Folgende Träger öffentlicher Belange haben Hinweise bzw. Anregungen eingereicht:

- Landratsamt München – Baurecht, Denkmalschutz und

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Raumordnungsrecht
- E.ON Bayern AG

Nach Abwägung der öffentlichen Belange wird zu den vorgebrachten Anregungen wie folgt Stellung genommen:

Landratsamt München – Baurecht, Denkmalschutz und Raumordnungsrecht
Das Schreiben vom 15.11.2010 wird bekannt gegeben, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Festsetzung einer max. Anzahl von Gebäuden innerhalb eines Bauraums mangels Rechtsgrundlage nicht zulässig ist.

Außerdem wird der Hinweis gebracht, dass bei der frühzeitigen Beteiligung die Festsetzung des natürlichen Geländes als unterer Bezugspunkt der Wandhöhe bei Ziffer A 4.2 gefordert wurde. Dieser Beschluss wurde nicht umgesetzt. Außerdem ist bei Ziffer A 4.2 noch der obere Bezugspunkt für die Wandhöhe zu ergänzen, da sonst die Höhe der baulichen Anlage nicht hinreichend bestimmt ist.

Ebenso wird angemerkt, dass bei Ziffer A 5.2 Satz 2 gegenüber der letzten Planfassung die Hecke im Norden und Osten als Planzeichen nicht mehr festgesetzt ist. Ziffer A 5.2 Satz 2 müsste deshalb ergänzt werden.

Ein weiterer Hinweis ist, dass gemäß Begründung die Hüttenbauten im Freibereich nördlich der Skateranlage errichtet werden sollen. Hierfür gibt es im Bebauungsplan keine Festsetzungen. Der Hüttenbau wäre somit auch in einem anderen Bereich des Geltungsbereichs zulässig. Sofern der Hüttenbau nur im Freibereich nördlich der Skateranlage ermöglicht werden soll, muss dass in einer Festsetzung zum Ausdruck gebracht werden. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob die 50%ige Überschreitung der zulässigen Grundfläche für die Anlage nach § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO ausreichend ist, ggf. muss eine höhere Überschreitung festgesetzt werden.

Außerdem werden noch redaktionelle Anregungen und Hinweise vorgebracht.

Aus der Sicht des Natur-, Immissionsschutzes und der Grünordnung erfolgte keine Äußerung.

In diesem Zusammenhang wird auf die frühzeitige Auslegung und die Anregung des Landratsamts München – Immissionsschutz und Recht der Abfallwirtschaft hingewiesen, eine Immissionsbewertung vorzulegen.

Zwischenzeitlich hat das Ingenieurbüro Greiner eine schalltechnische Verträglichkeitsuntersuchung (Bericht Nr. 210140/2 vom 01.12.2010) durchgeführt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass aus schalltechnischer Sicht keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 80/10, Kinder- und Jugendfarm nördlich der Jahnstraße, östlich des Tunnelwegs, bestehen.

Aus der Mitte des Gremiums wird angeregt, dass unter der Festsetzung A 4.3

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

(Punkt A 4.1 festgesetzte höchstzulässige Grundfläche) eine Überschreitung um maximal 100% derzeit nicht als erforderlich gesehen wird. Aus diesem Grund ist für Nebenanlagen (einschließlich Hüttenbau) eine Überschreitung um maximal 50 % in der Satzung festzusetzen. Dadurch wird die im Konzept des Kreisjugendrings München geplante Fläche für den Hüttenbau reduziert.

337 7 Beschluss: 7:0

Zu 1

Ziffer A 2.2 Die Festsetzung der maximalen Anzahl der Gebäude innerhalb eines Bauraumes ist nicht möglich. Die Festsetzung A 2.2 wird folgendermaßen geändert:

A 2.2 Im Bauraum A sind zulässig:

- Büros für den Trägerverein und die pädagogischen Betreuungspersonen
- Aufenthaltsräume für Mitarbeiter, Kinder- und Jugendliche mit Sanitärräumen, und
- Werkstätten (vor allem für Holz- und Metallbearbeitung) für Kinder und Jugendliche.

Im Bauraum B sind zulässig:

- Ställe für Pferde und Hühnerhaltung,
- Sattelkammer,
- zentrales Futter- und Heulager und Sanitärräume.

Zulässig sind weiterhin Auslauflächen für die Tiere, ein Sandplatz für die Tiere, Gartenbauflächen, Spiel- und Aktionswiese sowie eine Feuerstelle im Freien.

Zu 2

Da das Gelände in jüngerer Vergangenheit mehrmals verändert wurde, ist die Festsetzung des unter Bezugspunktes „natürliches Gelände“ nicht mehr sinnvoll. Die Geländemodellierungen wurden zwischenzeitlich abgeschlossen (November 2010) und das Geländeniveau entspricht nun der Höhenlage der benachbarten Skateranlage. Deshalb wird als unterer Bezugspunkt nun das bestehende Gelände angegeben. Der obere Bezugspunkt ergänzt, die Festsetzungen A 4. Maß der baulichen Nutzung werden folgendermaßen geändert:

4.1 Die höchstzulässige Grundfläche für alle Gebäude beträgt 670 qm.

4.2 Die maximale zulässige Wandhöhe über bestehendem Gelände beträgt:

im Bauraum A: 4,0 m

im Bauraum B: 5,0 m.

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der obere Bezugspunkt der Wandhöhe ist der Schnittpunkt der Wand mit der Dachhaut oder der obere Abschluss der Wand.

4.3 Die gemäß Punkt A 4.1 festgesetzte höchstzulässige Grundfläche darf für Nebenanlagen (u.a. Ställe, Hüttenbau) um maximal 50 % überschritten werden.

Zu 3

Da die Hecke im Norden nicht mehr als Planzeichen festgesetzt ist, sondern der bestehende Gehölzstreifen erhalten werden soll, muss die Formulierung Ziffer A 5.2 Satz 2 entsprechend umformuliert werden.

Die Freiflächen für den Gartenbaubereich sind entsprechend gärtnerisch und nach ökologischen Gesichtspunkten anzulegen und zu pflegen. Der Bereich für den Hüttenbau hat einen Abstand von mind. 1,0 m zum bestehenden und zu erhaltenden Gehölzstreifen im Norden und einen Abstand von mind. 1,0 m zur zu pflanzenden Hecke im Osten aufzuweisen. Aufschüttungen im Rahmen einer Geländemodellierung von bis zu 3,5m Höhe über dem natürlichen Gelände und Abgrabung bis 1m unter vorhandenem Gelände sind zulässig.

Zu 4

Eine Festsetzung zur Situierung des Bereichs für Hüttenbau erfolgt durch Festsetzungen zu Nebenanlagen. Die Festsetzungen werden folgendermaßen ergänzt:

5 Nebenanlagen

5.1 Fläche für Nebenanlagen

5.2 Zulässig sind innerhalb der Flächen für Nebenanlagen mit der Bezeichnung:

H Hüttenbauten

St Stellplätze

5.3 Außer den unter 5.2 genannten Nebenanlagen sind sonstige untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen gemäß § 14 BauNVO bis zu einer maximalen Grundfläche von jeweils 25 qm außerhalb der Bauräume zulässig.

Durch die Festsetzung der Nebenanlagen müssen auch die Festsetzung Maß der baulichen Nutzung geändert werden (vgl. Beschlussvorschlag zu 2).

Redaktionelles

Zu 1. Auf Seite 2 des Umweltberichts wird die Flächenangabe 8 ha durch 0,8 ha ersetzt.

Zu 2. Die Angaben zur Größe der Ausgleichsfläche im Konzept des

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kreisjugendrings (Seite 30 Ziffer 4.7) werden entsprechend der Vermassung im Bebauungsplan (11mx91m) berichtigt.

E.ON Bayern AG

Das Schreiben vom 12.11.2010 wird bekannt gegeben, in dem darauf hingewiesen wird, dass bei einer Erhöhung des Leistungsbedarfs der Kinder- und Jugendfarm die Kapazität des Versorgungskabels nicht mehr ausreichend ist und die Errichtung einer Trafostation notwendig ist.

Das Aufstellen von Trafostationen im Bebauungsplangebiet soll unter den Festsetzungen aufgenommen werden.

338 7 Beschluss: 7:0

Für die elektrische Erschließung der geplanten Bebauung im Bereich der Kinder- und Jugendfarm ist die Festsetzung eines Trafohäuschens nicht notwendig, da die Gemeinde den Bereich an das Niederspannungsnetz in der Medienallee anschließen wird. Eine Erhöhung des Leistungsbedarfs ist nicht zu erwarten.

Weiteres Vorgehen

Die im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten redaktionellen Hinweise werden in den Bebauungsplanentwurf, Stand 28.09.2010, eingearbeitet.

Eine weitere Auslegung ist aus diesem Grund nicht mehr erforderlich. Der Bebauungsplan Nr. 80/10, Kinder- und Jugendfarm nördlich der Jahnstraße, östlich des Tunnelwegs, kann als Satzung beschlossen werden.

339 7 Beschluss: 7:0

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen:

Der Bebauungsplanentwurf Nr. 80/10, Kinder- und Jugendfarm nördlich der Jahnstraße, östlich des Tunnelwegs, in der Fassung vom 28.09.2010, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse redaktionell zu ergänzen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 26.01.2011.

Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 28.09.2010 mit eingearbeiteten redaktionellen Änderungen und Hinweisen vom 26.01.2011 wird als Satzung beschlossen.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

Az.: 6010

3.1; 3.2; 3.3; 3.4

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bauantrag der KRH GmbH&Co.KG zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit Garagen und Lagerfläche als teilweise Ersatzbebauung an der Münchner Straße 123 a

Der Bürgermeister gibt den Bauantrag der KRH GmbH & Co.KG, Unterföhring, zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses (sechs Wohnungen) mit Garagen und Lagerfläche an der Münchner Straße 123 a, Fl.Nr. 15/0, vom 15.01.2011 bekannt. Die Planzeichnungen des Architekturbüros Gandl, Unterföhring, vom Dezember 2010 werden zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert.

Für das Grundstück Fl.Nr. 15 (2.445m²), das im Flächennutzungsplan als Mischgebiet ausgewiesen ist, besteht kein rechtskräftiger Bebauungsplan.

Vom Antragsteller wird die Errichtung eines Mehrfamilienhauses als teilweiser Ersatzbau mit den Maßen Länge 20,36m x Breite 13,11m x Höhe 11,73m (Firsthöhe) sowie einer GFZ von 0,64 gemäß den Bauantragsunterlagen vom 15.01.2011 geplant. Das Dachgeschoss ist ein Vollgeschoss und wird bei der Berechnung der GFZ mit eingerechnet. Der östliche Gebäudeteil mit den Maßen 12,45mx13,11m bleibt bestehen und ist nicht Bestandteil des Bauantrages.

Für das Bauvorhaben mit sechs Wohneinheiten und der Lagerfläche im Erdgeschoss (129 m²) sind insgesamt 17 Stellplätze (davon für den Bestand sieben Stellplätze) sowie ein Besucherstellplatz erforderlich.

340

7

Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss stimmt dem Bauantrag der KRH GmbH & Co.KG, Unterföhring, zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit Garagen und Lagerfläche an der Münchner Straße 123 a, Fl.Nr. 15/0, vom 15.01.2011 unter folgenden Maßgaben zu:

- Der beantragten GFZ von 0,64 für das Grundstück Fl.Nr. 15/0 (2.445 m²) im Mischgebiet wird zugestimmt.
- Es sind mindestens 17 KFZ-Stellplätze (davon für den Bestand sieben Stellplätze) zu errichten und dauerhaft als solche zu unterhalten. Außerdem ist mindestens ein Besucherstellplatz zu errichten.
- Auf die Errichtung eines Kinderspielplatzes wird hingewiesen.
- Die Abstandsflächen sind im Rahmen der Baugenehmigung zu überprüfen.

Az.: 6010
3.1;3;2

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

341 7 **Bauantrag von Frau Ann-Kathrin Bayer zum Neubau eines Doppelhauses mit Fertiggaragen an der Feldstraße 14**

Der Bauantrag wurde mit Schreiben vom 19.01.2011 von Frau Bayer zurückgezogen.

Az.: 6010
3.1

Bauvorhaben an der Lindenstraße 12; Antrag auf Änderung des Stellplatznachweises

Der Bürgermeister erläutert den aktuellen Sachstand und gibt das Schreiben des Architekturbüros Barich + Stoderl, München, vom 11.01.2011 bekannt.

Hierin wird eine Änderung des Stellplatznachweises beantragt. Das Landratsamt München erteilte Herrn Michael Pronold die bauaufsichtliche Genehmigung (07.05.2009) für den Neubau eines Wohnhauses mit vier Wohneinheiten, für die Errichtung einer Doppel-Duplexgarage und für die Anlegung von drei oberirdischen KFZ-Stellplätzen auf dem Grundstück Lindenstraße 12 (Fl.Nr. 547/3). Die Eingabeplanung vom 25.02.2009 wird zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert.

Derzeit sind die notwendigen sieben Stellplätze, wie in der bauaufsichtlichen Genehmigung des Landratsamtes München vom 07.05.2009 nicht vorhanden.

342 7 **Beschluss: 7:0**

Der Bauausschuss hält an seiner bisherigen Beschlusslage fest, dass die Vorgartenlinie von 5m ist mit Ausnahme des Besucherparkplatzes auch durch oberirdische KFZ-Stellplätze frei zu halten ist. Einer nahezu ausschließlichen Unterbringung der Stellplätze neben der Fahrbahn wird aus ortsbild- und straßenbildgestalterischen Gründen auf keinen Fall zugestimmt.

Die Errichtung einer Doppel-Duplexgarage und für die Anlegung von drei oberirdischen KFZ-Stellplätzen wie in der bauaufsichtlichen Genehmigung des Landratsamtes München vom 07.05.2009 festgestellt, ist zwingend einzuhalten.

Az.: 6010
3.1;3.2

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag von Frau Stuckenberg-Amann zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zum zeitlich unbeschränkten Parken an der Münchner Straße 74

Der Bürgermeister gibt das Schreiben von Frau Stuckenberg-Amann vom 29.11.2010 bekannt, in dem die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zum zeitlich unbeschränkten Parken an der Münchner Straße 74 beantragt wird. Das Schreiben von Frau Stuckenberg-Amann vom 29.11.2010 wurde an die Bauausschussmitglieder zugestellt.

Begründet wird der Antrag damit, dass das Haus in dem sich der Friseursalon von Frau Stuckenberg-Amann befindet schon sehr alt ist und deshalb nicht ausreichend Stellplätze zur Verfügung stehen.

Der Bürgermeister bringt die Gemeinderatsbeschluss Nr. 529 vom 11.11.2010 in Erinnerung, in dem der Einführung von Parkausweisen in der Münchner Straße nicht zugestimmt und der bestehende Taxi-Standplatz in einen parkzeitbeschränkten Parkplatz umgewandelt wurde. Weiter wird der Beschluss des Gemeinderates vom 14.12.1987, Nr. 763, in Erinnerung gebracht.

Der Bürgermeister weist auf die öffentliche und kostenlose Tiefgarage im Bürgerhaus hin. Diese Parkmöglichkeit wurde Frau Stuckenberg-Amann bereits unterbreitet.

343 7 Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag von Frau Stuckenberg-Amann vom 29.11.2010 zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zum zeitlich unbegrenzten Parken an der Münchner Straße 74 aus Konsequenzgründen (Vermeidung eines Präzedenzfalles) nicht zu. In zumutbarer Entfernung stehen auch ausreichend kostenlose parkzeitunbeschränkte Stellplätze zur Verfügung (z.B. Tiefgarage Bürgerhaus, Kanalstraße, Bahnhofstraße, Münchner Straße).

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, den bisherigen Taxistand wieder als solchen auszuweisen und mit dem Landratsamt die erforderlichen Schritte abzustimmen. (Taxistand zeitlich befristet werktags von 18:00 Uhr bis 7:00 Uhr). Des Weiteren ist eine aktuelle Stellungnahme des Gewerbeverein Unterföhring e.V. (GVU) einzuholen ob an der bestehenden Parkzeitregelung entlang der Münchner Straße Beschlusslage festgehalten werden soll. Dadurch können die Parkbuchten entlang der Münchner Straße vorrangig den Kunden der angrenzenden Ladengeschäften und Dienstleistern und weniger den Langzeitparkern dienen.

Az.: 1401
3.1;3.2

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeindehalle Unterföhring an der Münchner Straße; Antrag auf Nutzung des Raumes im Untergeschoss

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Bauausschusses vom 30.11.2010, G157, in Erinnerung. Das Gremium wurde hierbei darüber informiert, dass nach Abschluss der Umzugsarbeiten des G.T.E.V. in das Bürgerhaus die ehemaligen Räume in der Gemeindehalle zu weiteren Nutzung freistehen.

Nach Anfrage der VHS auf Nutzung dieser Räume wurde im Hinblick auf die hohen Investitionskosten und die kurzzeitige Nutzungsmöglichkeit (ca. 2-3 Jahre) in der Gemeindehalle UG abgelehnt.

Der Verwaltung liegt eine Anfrage der Seniorenbegegnungsstätte „Feringahaus“ vom 18.01.2010 vor. Die Leiterin der Seniorenbegegnungsstätte bittet dabei um einen größeren Raum für den „PC-Stammtisch“ der Seniorenbegegnungsstätte, da die Anzahl der Teilnehmer immer mehr zunimmt. Die bisherigen Räume im Feringahaus sind deshalb zu klein.

Der Leiter des „PC-Stammtisches“ hat die Räume in der Gemeindehalle gemeinsam mit der Verwaltung besichtigt und benötigt für die Nutzung lediglich einige Tische und Stühle.

Die Tische sowie die Stühle können teilweise aus dem vorhandenen Inventar der Gemeindeverwaltung entnommen werden. Durch den gemeindlichen Bauhof können diverse Malerarbeiten vorgenommen werden. Gegebenenfalls soweit noch erforderlich können durch die Verwaltung PC-Geräte (aus Altbestand Sky und Rathaus) zur Verfügung gestellt werden.

Eine weitere bauliche Veränderung wird nicht durchgeführt. Die Nutzung durch den „PC-Stammtisch“ wird regelmäßig 1 bis 2 Mal wöchentlich erfolgen. Da keine weiteren baulichen Veränderungen vorgenommen werden müssen, kann von einem baurechtlichen Antrag auf Nutzungsänderung abgesehen werden.

344 7 Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss stimmt einer Nutzung der Gemeindehalle im Untergeschoss durch den „PC-Stammtisch“ der Seniorenbegegnungsstätte „Feringahaus“ bis zur weiteren Nutzung des gesamten Areals bzw. bis zum Abbruch zu. Das notwendige Inventar (kein Neukauf von PC's, Notebooks etc.), soweit nicht aus dem bereits bestehenden Fundus der Gemeinde Unterföhring beschafft werden kann, wird der Seniorenbegegnungsstätte für den „PC-Stammtisch“ ebenfalls zur Verfügung gestellt. Ein Internetanschluss wird zur Verfügung gestellt, die monatlichen Kosten sind vom PC-Stammtisch zu tragen.

Gesonderte Haushaltsmittel sind hierfür nicht erforderlich.

Az.: 9122--3.4, 3.1, 2; 0; 1

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Errichtung einer Stromtankstelle durch die E.ON Bayern AG am S-Bahnhof Unterföhring – Vorstellung eines geplanten Standorts

Der Bürgermeister erläutert kurz den Rahmen des „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“, worin die Forschung und Entwicklung, die Marktvorbereitung und die Markteinführung von batterieelektrisch betriebenen Fahrzeugen in Deutschland gefördert wird. In diesem Rahmen hat das Bundesverkehrsministerium den Förderschwerpunkt „Modellregion Elektromobilität“ geschaffen und München zu einer von acht Modellregionen für Elektromobilität erklärt.

Ziel der Modellregion Elektromobilität München ist, den Einsatz von Elektrofahrzeugen zu erproben und ihre Markteinführung vorzubereiten sowie den öffentlichen Nahverkehr, Pkw und Nutzfahrzeuge zusammen in ein nachhaltiges E-Mobilitätskonzept einzubinden. Im Rahmen der Projekte wird eine bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur in der bayerischen Landeshauptstadt und im Umland errichtet.

In einem Teilprojekt „E-Flott“ führt E.ON ab Herbst 2010 zusammen mit der AUDI AG, den Stadtwerken München und der TU München für etwa ein Jahr eine Pilotstudie durch, in welcher die Anforderungen und Chancen von elektrisch betriebenen Fahrzeugen im Alltagsverkehr untersucht werden. Hierzu ist von der E.ON im Münchner Umland die Errichtung eines Netzwerkes von Ladestationen geplant. Für die Auswahl geeigneter Flächen im Umland und der Kommunikation bedient sich E.ON der Unterstützung durch E.ON Bayern AG, Regionalleitung Oberbayern.

Die Gemeinde Unterföhring hat deshalb bereits im Jahre 2010 Kontakt mit der E.ON Bayern AG aufgenommen.

Die E.ON Bayern AG ist bereit eine Stromtankstelle auf einem von der Gemeinde kostenlos überlassenen Stellplatz zu errichten und zu betreiben. Die Gemeinde überlässt hierzu der E.ON Bayern AG eine Stellfläche für 2 Pkw mit ca. 25 m² auf einer gepflasterten aber bisher ungenutzten Fläche westlich des S-Bahnhofes (Fl.Nr. 203/10) unentgeltlich.

Der Vertrag ist befristet bis 31.12.2011. Anschließend besteht für die Gemeinde die Möglichkeit zum Erwerb der Ladestation zu einem Pauschalpreis von 500,00 Euro netto (595,00 Euro brutto) oder aber es erfolgt eine Rückbau auf Kosten der E.ON.

Die Sicherungspflicht für die Stellfläche während des Betriebes in 2011 obliegt der Firma E.ON bzw. dem Betreiber.

345 7 Beschluss: 7:0

Die Gemeinde überlässt der E.ON Bayern AG zur Errichtung einer Stromtankstelle eine Stellfläche für 2 Pkw mit ca. 25 m² auf einer gepflasterten aber bisher ungenutzten Fläche westlich des S-Bahnhofes (Fl.Nr. 203/10) unentgeltlich.

Der Vertrag ist befristet bis 31.12.2011. Anschließend besteht für die Gemeinde die Möglichkeit zum Erwerb der Ladestation zu einem Pauschalpreis von 500,00 Euro netto (595,00 Euro brutto) oder aber es

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

erfolgt eine Rückbau auf Kosten der E.ON bzw. die Firma E.ON betreibt die Stromtankstelle wie bisher (mit Zustimmung der Gemeinde Unterföhring) weiter.

Die Sicherungspflicht für die Stellfläche während des Betriebes in 2011 obliegt der Firma E.ON bzw. dem Betreiber.

Az.:

3.2, 3.3; 3.1, 2.1

Bürgerhaus Unterföhring; Konzeptüberlegungen zur Hinweisbeschilderung im Außenbereich

Der Bürgermeister berichtet, dass ein Konzept für eine Hinweisbeschilderung (Stele) im Außenbereich des Bürgerhauses erstellt werden soll und bringt den Bauausschussbeschluss vom 30.11.2010 Nr. 329 in Erinnerung.

Eine Stele (beidseitig beschriftet) sollte bei der Tiefgarageneinfahrt/Ecke Spielfläche, eine weitere Stele (beiseitig beschriftet) in Höhe nördlich der Bushaltestelle aufgestellt werden.

Es wurden vom Technischen Bauamt erste Vorschläge für Stelen in Edelstahl von innen beleuchtet bzw. Glasfläche hinterleuchtet angefragt.

Die Kostenschätzungen betragen bei zwei Stelen (beidseitig beschriftet) in Edelstahl ca. 8.860,00 € brutto, in Glasfläche hinterleuchtet ca. 9.610,00 € brutto zusätzlich Fundament ca. 900,00 € brutto und Elektroanschluss (Kosten liegen noch nicht vor).

Die Stele sollte mit dem Gemeindewappen (weiß oder schwarz) sowie einer Beschriftung mit Bürgerhaus, Hinweis auf Parken in der Tiefgarage mit Pfeil und Restaurant, Bibliothek versehen werden. Zwei Vorentwürfe werden dem Gremium vorgestellt und erläutert. Der Lageplan der Außenfläche für das Bürgerhaus mit möglichem Standort für die Stelen wird zur Einsichtnahme vorgelegt.

Der Bürgermeister regt in diesem Zusammenhang an, zusätzlich eine Uhr auf dem Bürgerhausplatz an geeigneter Stelle zu errichten. Diese könnte gegebenenfalls in die Stele integriert werden.

346

7

Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss spricht sich für das Konzept einer Hinweisbeschilderung im Außenbereich des Bürgerhauses wie folgt aus:

Eine Stele soll beidseitig beschriftet bei der Tiefgarageneinfahrt Ecke Spielfläche (südliche Bereich) und eine Stele beidseitig beschriftet nördlich der Bushaltestelle neben dem Bushäuschen aufgestellt werden. Die beiden Stelen sollen in der Ausführung:

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- Edelstahl von innen beleuchtet ausgeführt werden.
- Die Stelen sollen mit dem Gemeindewappen in weißer Folie ausgestattet werden.
- Die Stelen sind mit Bürgerhaus Unterföhring sowie Parken mit blauem Parkschild und entsprechenden Pfeil (soweit erforderlich, Angabe der Entfernung), Restaurant und Bibliothek zu beschriften.
- Darüber hinaus ist eine digitale Uhr im obersten Bereich der Stele an geeigneter Stelle anzubringen.

Die Kosten werden auf HHSt. 7601.9540 verbucht.

Az. 6314

3.2; 4.0; 3.4; 2.1

Bekanntgaben und Anfragen

Aufgaben des Bauhofes seit Mitte Dezember 2001

Der Bürgermeister gibt die zusätzlichen angefallenen Sonderaufgaben des Bauhofes der letzten sechs Wochen bekannt und lobt die Mitarbeiter für ihren Einsatz.

- ❖ KW 50/10 Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr nach einem Verkehrsunfall in der Münchner Straße.
3 Mann, 2 Fahrzeuge, 3 Std
- ❖ KW 01/11 Auffüllung mit Rollkies östlich des Bahnhofplatzes
2 Mann, 1FZ, 6 Std
- ❖ KW 01/11 Errichtung einer Zuwegung am Kinderhaus Straßäckerallee
3 Mann, 3 FZ, 8 St
- ❖ KW 01/11 Umzug der Kinderkrippe Straßäckerallee
5 Mann, 1Tag
- ❖ KW 02/11 Transport für das Heimatmuseum
2 Mann, 1 Std
- ❖ KW 02/11 Transport für die Schule
2 Mann, 1 FZ, 2Std.
- ❖ KW 04/11 Umbaumaßnahmen im Rathaus im EG
5 Mann, 2 Tage
- ❖ KW 04/11 Beginn diese Woche je nach Witterung,
- ❖ Sicherungsmaßnahmen im Gehwegbereich und Parkplatzbereich
Münchner Straße 72 (wegen Absenkung evtl. Hohlraum)
3 Mann Arbeitsaufwand.

Ahornstraße 35 und 38, Unterföhring – Sanierung der Balkonbeplankung im Frühjahr 2011

Mit Schreiben vom 25.01.2011 wurden sämtliche Mieter der Ahornstraße 35 und Ahornstraße 38 über die geplante Sanierung der Balkonbeplankung im Frühjahr 2011 informiert. Sofern die Witterungsverhältnisse es zulassen, soll mit der Sanierung im April 2011 begonnen werden. Es wird mit einer

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bearbeitungszeit von ca. sechs Wochen je Wohnhaus gerechnet.
Kinderkrippe III, Straßäckerallee; Aufnahme des Betriebes mit 4 Gruppen im Erdgeschoss

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Kinderkrippe III an der Straßäckerallee 13 zum 01.02.2011 mit vier Gruppen im Erdgeschoss ihren Betrieb aufnimmt.

Anbringung von akustischen Signalen für Sehbehinderte an der Lichtzeichenanlage Münchner Straße - Kanalstraße - Bahnhofstraße

Der Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Bauausschusses vom 26.01.2010, Nr. 248 in Erinnerung, wobei die Aufwertung der Lichtzeichenanlage an der Fußgängerquerung entlang der Münchner Straße vom Bürgerhaus zum Rathaus durch zusätzliche akustische Signale für Sehbehinderte dem Grunde nach zugestimmt wurde. Weiter bringt er den Beschluss des Bauausschusses vom 14.12.2010, Nr. G 159, in Erinnerung. Hierbei wurde der Kostenübernahme durch die Gemeinde Unterföhring für diese Maßnahme zugestimmt. Mit Schreiben vom 20.12.2010 wurde seitens der Verwaltung Antrag auf verkehrsrechtliche Anordnung zur Anbringung eines akustischen Signals an der Lichtzeichenanlage Münchner Straße / Bahnhofstraße / Kanalstraße beim Landratsamt München als zuständige Straßenverkehrsbehörde gestellt. Derzeit wird das Anhörungsverfahren durchgeführt. Im Anschluss soll die Anbringung durch das Staatliche Bauamt Freising als Straßenbaubehörde durchgeführt werden.

Nach Rücksprache mit der Firma Swarco Traffic Systems GmbH, München, wird bei der Nachrüstung ein Signal-Anforderungsgerät mit verdecktem Taster für Sehbehinderte verwendet. Dieser befindet sich auf der Unterseite des Gerätes, worauf die Sehbehinderten Menschen eigens geschult sind. Nur bei Betätigen des verdeckten Tasters ertönt das akustische Signal und die Querrungszeit wird erhöht. Weiter erklärte die Firma Swarco, dass die Lautstärke des akustischen Signals nach Bedarf justiert werden kann. Eine Lärmbelästigung der Anwohner kann dadurch verringert bzw. vermieden werden.

Antrag des Koco Klinger, Erding, auf Errichtung einer Freizeitanlage am Erholungsgebiet Feringasee

Mit Schreiben vom 29.12.2010 hat Herr Koco Klinger, Erding, Antrag auf Genehmigung einer gewerblichen Freizeitanlage am Erholungsgebiet Feringasee beantragt.

Derzeit wird eine Stellungnahme des Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete in den Landkreisen um München e.V. durch das Technische Bauamt – Tiefbau eingeholt. Im Anschluss wird der Antrag dem Bauausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

Vorüberlegung zur Umsetzung verkehrsberuhigter Bereiche in der Birkenstraße, Lindenstraße, Dammstraße, Isaraustraße, Isarweg und Kanalstraße im Zuge des Straßenvollausbaus 2011

Der Bürgermeister berichtet kurz von der in 2008 vollzogenen Verlegung der Fernwärmeleitung der GEOVOL und des im Frühjahr 2011 beginnenden Straßenvollausbau. Bei den aufgeführten Straßen bzw. Straßenabschnitten

27. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.01.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

böte sich die Einführung eines verkehrsberuhigten Bereiches an bzw. liegen Anträge der Anwohner vor.

Vollsignalisierung Kreuzungsbereich Mitterfeldallee / Straßäckerallee – Sachstandsbericht

Der Bürgermeister teilt mit, dass nach der Vergabe der Ingenieurleistungen durch den Bauausschuss in seiner Sitzung am 14.12.2010 das Ingenieurbüro Ferstl, Landshut, im Januar mit der Bestandsvermessung begonnen hat. Die Baugrunduntersuchung wird derzeit durchgeführt.

Es ist geplant, im Zuge der Vollsignalisierung der Kreuzung Mitterfeldallee / Straßäckerallee die bestehende Straßenbreite der Mitterfeldallee zu dritteln, um so jeweils eine Linksabbiegerspur in Richtung Straßäckerallee und Neubuchstraße zu schaffen. Zusätzlich wird ein Gehweg auf der Südostseite der Kreuzung (von Lidl her kommend) und drei Fußgängerüberwege errichtet. Die Ausschreibung der Bauleistungen erfolgt ab 04.02.2011.

Als geplanter Baubeginn ist je nach Witterung unmittelbar Anfang März vorgesehen. Die Bauzeit (unter laufendem Verkehr) wird ca. zwei Monate betragen.

Versenkbare Polleranlage Bahnhofstr. / Medienallee

Der Bürgermeister bringt dem Gremium zur Kenntnis, dass wegen häufiger Defekte der versenkbaren Polleranlage am S-Bahnhof (Bahnhofstrasse / Medienallee) werden derzeit weitergehende Überlegungen von der Verwaltung bezüglich einer nachhaltigen Verbesserung der Situation untersucht. Dem Gremium werden hierzu Vorschläge zur Behandlung unterbreitet.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Lothar Kapfenberger
Schriftführer